

Überlegungen
zur
Wissenschafts-
politik des
Faschismus

Chaos
oder System?

Die in den letzten Jahren recht rege Diskussion über ‚Wissenschaft im Faschismus‘ hat mit dem alten Vorurteil aufgeräumt, im Faschismus habe ein beispielloser Niedergang der Wissenschaft stattgefunden. Die neue (und noch hart umkämpfte) These von der gewachsenen Bedeutung der Wissenschaft im Faschismus bezieht sich allerdings zumeist auf die Rekonstruktion fachinterner Entwicklungen bzw. auf programmatische Äußerungen, also auf das Theorie- und *Datenangebot* der Wissenschaften; den Gegenpol, die *Nachfrage* staatlicher Instanzen nach wissenschaftlichem Wissen hat bisher fast ausschließlich die Physikgeschichtsschreibung analysiert. Doch auch hier dominiert die Behauptung, der Faschismus habe die Wissenschaft vertrieben und sich durch die systematische Vernachlässigung wissenschaftlicher Erkenntnisse ausgezeichnet. Die gängige These lautet: Die Irrationalität der NS-Ideologie war Ursache für die Wissenschaftsfeindlichkeit; das Chaos in der Wissenschaftspolitik verhinderte zudem die systematische Förderung wichtiger Vorhaben. Als Kurzformel: Wären die Faschisten nicht so wissenschaftsfeindlich gewesen, hätten sie die Atombombe als erste gehabt und so möglicherweise den Krieg gewonnen.

Demgegenüber muß es allerdings Erstaunen hervorrufen, daß die Faschisten in der Lage waren, technologische Herausforderungen zu meistern, z.B. den Bau der ersten Fernrakete der Welt, die mit dem gängigen Klischee vom Niedergang der Wissenschaften nicht erklärlich sind. Die - auch wissenschaftlich gestützte - Problemlösungskapazität des Faschismus war offensichtlich nicht ganz so gering, wie es die Behauptung der generellen Wissenschaftsfeindlichkeit suggeriert.

Anliegen der folgenden Ausführungen ist daher, an verschiedenen Beispielen aktive Eingriffe des Faschismus zur *Nutzung* der Wissenschaft zu zeigen. Meine These lautet: Die Entwicklung verschiedener Fachdisziplinen wird nur verständlich durch eine Analyse der Struktur des Herrschaftssystems und der Entwicklung der politischen Situation der Jahre 1933 - 1945.

Politikwissenschaft: Welterkundung für den Eroberer

Unzählig sind die Darstellungen, die die These der Liquidation der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen (Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft u.a.) und der Vertreibung der führenden Fachvertreter aufstellen. Übersehen wird meistens jedoch, daß die Lehrstühle der Vertriebenen keineswegs verwaisten, sondern in der Regel bald wiederbesetzt wurden.

Es ist nachweisbar, daß das Kampfgetöse der Jahre um 1933, das bald wieder verstummte, oft keine andere Funktion hatte, als die personelle und ideologische Umstrukturierung der Hochschulen zu ermöglichen. Die wissenschaftlichen Institutionen wurden jedoch weder aufge-

löst, noch wurde der Anspruch aufgegeben, seriöse Wissenschaft zu treiben *und* diese zugleich in den Dienst der - nunmehr faschistischen - Gesellschaft zu stellen.

Besonders deutlich nachzuweisen sind diese Vorgänge im Falle der Politikwissenschaft - ein Fach, von dem immer angenommen wird, daß es im Faschismus nicht existiert habe (eine bemerkenswerte Ausnahme in der momentanen Diskussion). Am Beispiel dieser Disziplin kann darüberhinaus demonstriert werden, daß - im Gegensatz zu allen Annahmen über den wissenschaftsfeindlichen Charakter des Faschismus - es unter bestimmten Bedingungen möglich war, ein vor 1933 noch kaum gefestigtes Fach zu institutionalisieren, ja überhaupt dessen Fachidentität herauszubilden.

Vor 1933 hatte es an der Berliner Hochschule für Politik (IUP) im Rahmen eines zunächst eher volkshochschulähnlichen

Bildungsprogramms Ansätze politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre gegeben, die jedoch keineswegs den Charakter eines eigenständigen Faches Politikwissenschaft hatten. Aus politischen und rassistischen Gründen wurden die meisten Lehrenden dieser HfP 1933 zur Emigration gezwungen. Die gängigen Darstellungen dieser Ereignisse blicken jedoch meist darüber hinweg, daß Teile des Lehrkörpers, die bereits vor 1933 offen für die Nazis eingetreten waren, auch nach 1933 an der nunmehr Deutsche Hochschule für Politik (DHP) sich nennenden Institution weiterwirkten. Außer in der Ausrichtung auf den Faschismus änderte sich wenig an dem Konzept dieser Hochschule; war es vor 1933 das Ziel gewesen, Führungsnachwuchs für die Demokratie zu schulen, so galt es nunmehr, „nationalsozialistische Führer für besondere Aufgaben in ihren Organisationen“ heranzubilden (ZfP 1937, S. 621). Nach der 1937 vollzogenen Einrichtung einer eigenen Forschungsabteilung erfolgte die Wende von einer politisch-pädagogischen zu einer stärker wissenschaftlichen Ausrichtung der DHP im Jahre 1940. An der Berliner Universität wurde die Auslandswissenschaftliche Fakultät (AWF) gegründet und daneben das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut (DAI) eingerichtet - beide von Franz Alfred Six geleitet. Dieser Wandel auf der institutionellen Ebene fand sein Pendant in einer neuen Aufgabenbestimmung und Definition des Faches Auslandswissenschaft, das nunmehr eindeutig wissenschaftlich-akademischen Charakter bekam. Zudem konnten in diesem Fach nunmehr neben dem Diplom erstmals die Promotion und Habilitation vollzogen werden: Politikwissenschaft war damit in Deutschland akademisch institutionalisiert.

Es mag erstaunen, daß ausgerechnet der Faschismus die Etablierung eines Faches ermöglichte, das immerhin Gegenstände thematisiert, die dem politischen Diskurs der Jahre 1933 - 1945 entzogen waren. Erklärbar werden diese Entwicklungen, wenn man a) die spezifische Definition der Politikwissenschaft als Auslandswissenschaft betrachtet und b) die Einbindung dieses Faches in einen der mächtigsten Herrschaftsblöcke des Faschismus einbezieht.

a) Die Tabuisierung innenpolitischer Themen und der eklatante Mangel an Wissen über das Ausland bilden den Kontext, in dem sich die Politikwissenschaft durch Themenselektion - nämlich mit dem Schwerpunkt: Auslandswissenschaft - zu einem wichtigen und eigenständigen Fachgebiet entwickeln konnte, das ab 1940 etwa so definiert wurde:

•Ihre (der AWF, J.W.) Aufgabe ist die Förderung der Kenntnis der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen des Reiches und des Gegenwartslebens fremder Völker und Staaten durch Lehre und Forschung" (ZfP 1940, S.55)

Zwar war eine solchermaßen verstandene Politikwissenschaft funktionell auf die politischen Ziele des Faschismus verpflichtet, doch ist im Vergleich zu der poli-

tischen Schulungsarbeit der DHP bis 1939/40 ein deutlicher Unterschied zu einer stärker durch wissenschaftliche Imperative bestimmten Arbeitsweise von AWF und DAI zu konstatieren. So definierte W. Gülich 1941 Politikwissenschaft als „die Wissenschaften vom politischen Leben“ (S. 4) und betonte neben ihrer politischen Funktion auch ihren wissenschaftlichen Charakter:

„Wissenschaftliche Methode in Forschung und Unterricht wird hier also dem Ziel politischer Menschenführung und staatlicher Willensbildung dienstbar gemacht, ohne dabei den Anspruch auf strenge Wissenschaftlichkeit aufzugeben.“ (S. 6)

Im Laufe der Jahre 1940 ff trugen AWF und DAI entscheidend zur Herausbildung einer politikwissenschaftlichen Fachidentität bei, indem sie ein theoretisches Programm entwickelten und zudem sich im praktischen Einsatz bewährten. So war es möglich, daß trotz der 1942/43 erfolgten Wende der faschistischen Wissenschaftspolitik, die nunmehr alle Reserven für den Endkampf zu mobilisieren begann und auf nicht kriegswichtige Forschungen keine Rücksicht mehr nahm, die neue deutsche Politikwissenschaft nicht einfach mehr stillgelegt werden konnte - die Eigendynamik der fachlichen Entwick-

lung dieses Faches war so weit vorangeschritten, daß in einem weiteren Schritt der Verselbständigung der Disziplin sogar eine tendenzielle Abkoppelung von der faschistischen Politik erfolgte: 1943 wurde die Zeitschrift 'Politische Wissenschaft' gegründet, die noch deutlicher theorieorientiert war als das bisherige Fachorgan. Zudem mehrten sich die Positionen, die - unter Verzicht auf Nazi-Terminologie und -Ideologie - die Neuorientierung für die Nachkriegszeit vorwegnahmen, etwa in Form der Propagierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Hatte also zunächst die militärische Expansion des Faschismus es dem noch nicht konsolidierten Fach ermöglicht, seine Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und die Eroberung Europas politikwissenschaftlich vorzubereiten und zu begleiten, so ermöglichte das Desinteresse des Faschismus an nicht kriegswichtigen Forschungen gegen Ende des Krieges die endgültige Verselbständigung des Faches in Form der Loslösung von der engen politischen Klammer und der Ausbildung einer eigenen wissenschaftlichen Identität. Es ist erstaunlich, daß im Faschismus eine Disziplin wie die Politikwissenschaft sich einen solchen Status und schließlich auch relativen Freiraum sichern konnte. Mit

ausgegebene Zeitschrift für Politik einem zweiten wichtigen Machtzentrum angegliedert: Mitherausgeber der Zeitschrift war ab 1937 Ministerialrat Ziegler aus dem Propaganda-Ministerium, womit die Aktivitäten des Instituts auch in diese Richtung abgeschirmt waren. Ohne die starke Anbindung der Auslandswissenschaft an die SS wäre der rasante Aufstieg des Faches nicht möglich gewesen. Aber auch die partielle Verselbständigung und Umorientierung ab 1943, die Parallelen in der Physik, aber auch der Volkswirtschaftslehre hat, wäre ohne die Rücken- deckung des Apparats, der über Leben und Tod entschied, nicht denkbar gewesen. Insofern mag die Geschichte der Politikwissenschaft von einigen Zufällen abhängig gewesen sein; insgesamt ist jedoch System zu erkennen, vor allem in der Abhängigkeit der institutionellen wie der Theorie-Entwicklung von der jeweiligen außenpolitischen Orientierung des Faschismus.

Naturwissenschaften: Waffen für den Endsieg

Anders als die 'weichen' Wissenschaften (Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft u.a.) konnten die 'harten' Naturwissenschaften im Jahre 1933 bereits auf eine lange Fachtradition zurückblicken. Ihre große professionelle Autonomie machte sie zwar weniger anfällig für Versuche der politischen Funktionalisierung, doch war die Orientierungsphase des neuen Regimes (1933 - 1936) auch für Physik, Chemie, Mathematik u.a. eine schwierige Phase mit ungewissem Ausgang. Einerseits wurde sehr bald deutlich, daß auch der - in seiner Ideologie so irrationale und rückwärtsgewandte - Faschismus nicht auf Wissenschaft und Technologie verzichten würde. Andererseits galten die Naturwissenschaften besonders wegen ihres auf Kausalität basierenden Weltbildes generell als ‚verjudet‘. Der Versuch, diesen Widerspruch in einer 'Deutschen' bzw. 'Arischen' Physik aufzuheben, scheiterte jedoch kläglich, da ein Rückgriff auf physikalische Paradigmen des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der Kernphysik schlicht anachronistisch war. Neben der Vertreibung international angesehener Kollegen war für die Physiker das bedrückendste Erlebnis, daß der neue Staat ihrer Disziplin desinteressiert gegenüberstand und auch ihre Angebote, die deutsche Atombombe zu bauen (1939), nicht angemessen honorierte. Hier hat der Faschismus sicherlich insofern 'Fehler' gemacht, als eine rechtzeitige Einbindung der Physiker und deren Aktivierung für kriegswichtige Technologien deren spätere partielle Abwendung vom Regime verhindert hätte.

Der Faschismus hatte jedoch in keiner Phase seines Bestehens ein klares Konzept für eine konstruktive Forschungspolitik. In den Jahren nach 1933 ließ man zunächst - abgesehen von den Vertreibungen politisch mißliebiger-strukturell

der Frage, wer die 'schützende Hand' über das Unternehmen Politikwissenschaft/Auslandswissenschaft hielt, komme ich zum zweiten oben angesprochenen Punkt.

b) Es ist offensichtlich, daß der zügige Auf- und Ausbau der Politikwissenschaft ohne ein starkes Interesse politischer Instanzen an Wissen über das Ausland nicht möglich gewesen wäre. Bereits die Person des SS-Oberführers F. A. Six deutet die enge Verbindung von Wissenschaft und Herrschaftsapparat an. Typisch für den Faschismus ist jedoch, daß die Jahre nach 1933 von einem Tauziehen verschiedener außenpolitisch engagierter Instanzen geprägt waren, die eine Entscheidung über die institutionelle Ausformung des neuen Faches zunächst verhinderten. Erst 1938/39 übernahm die außenpolitisch immer stärker werdende SS die Kontrolle und die Kompetenzen in diesem Bereich, was den Aufbau von AWI und DAI beschleunigte. Auch solche Folgen der internen Rivalitätskämpfe wie etwa die Nicht-Anerkennung der DHP-Diplome seitens des Staates konnten mit der Zentralisierung der Auslandswissenschaft in Berlin und der Einordnung in den Herrschaftsbereich der SS beseitigt werden. Zudem war das DAI über die von ihm her-

alles beim Alten. Erst mit dem Vierjahresplan von 1936 begann eine Wende zu einer forschungspolitischen Konzeption, die eine Zentralisierung der Wissenschaftspolitik zum Inhalt hatte und mit der Gründung des Reichsforschungsrates (RFR) im Jahre 1937 auch scheinbar Erfolg hatte. Tatsächlich setzte sich das Konzept einer zentralen Koordination von Wissenschaft und technologischer Entwicklung aber nur im Bereich der Chemie durch, wo Industrie und staatliche Instanzen so eng miteinander verwoben waren, daß letztlich die Industrie (d. h. hg. die IG Farben) den Kurs bestimmte, innerhalb dessen die Wissenschaft eine relative Autonomie erhielt. Hier, wo es um handfeste Ergebnisse (im Kontext der Autarkiebestrebungen) ging, waren ideologische Verdikte praktisch einflußlos; der Versuch der Begründung einer 'Deutschen Chemie' scheiterte noch kläglicher als der einer 'Deutschen Physik'.

So wurde es immer mehr eine Strategie der Natur- und Ingenieurwissenschaften, sich zum Schutz vor den unberechenbaren Maßnahmen staatlicher Instanzen unter die Fittiche der Industrie zurückziehen. Nach dieser von Kriegsvorbereitungen geprägten pragmatischen Phase (1936 - 1939) folgten in den ersten Kriegsjahren unter dem Eindruck der außenpolitischen Anfangserfolge des Faschismus z.T. recht drastische Einschränkungen für die Wissenschaft. Trotz der erstmaligen Erfahrungen, wie kriegswichtig moderne Technologie sein könnte (Radar), vertraute man ganz und gar auf das Arsenal klassischer Machtpolitik und die traditionelle Militärtechnologie. Wichtiger noch: Wo technische Neuerungen benötigt wurden, bastelte man diese im Rahmen kurzfristiger Zweckforschung auf der Basis vorhandenen Wissens zusammen, vernachlässigte zugleich aber wie schon in den 30er Jahren die Grundlagenforschung. Es dominierte ein „hemdsärmelige(r) Instrumentalismus“ (Stamm 1981, S. 39), der blind war für die Notwendigkeiten kontinuierlicher wissenschaftlicher Arbeit. Ein wesentlicher Grund für solche - oft als chaotisch beschriebene - Politik war die Uneinheitlichkeit und Aufsplitterung der Kompetenzen wie auch die daraus resultierenden permanenten Streitigkeiten und Kämpfe um Einflußsphären. Statt einer zentralen Koordination der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung findet man im Faschismus eine Vielzahl von rivalisierenden (wenn auch z.T. organisatorisch oder personell miteinander verwobenen) Institutionen: Den RFR, die DFG, das Wissenschaftsministerium, das Rüstungsministerium, die Luftwaffe, das Heer, die SS, die Vierjahresplan-Organisation usw. usw.

Erst 1942/43, als der Mythos der Überlegenheit der deutschen (Waffen-) Technik angesichts der massiven Luftangriffe dahinschwand, erfolgte eine partielle Änderung dieser Politik, weil nunmehr auch Nazi-Spitzen die Fehler der bisherigen Wissenschafts- und Technologiepolitik einsahen und sich Hoffnungen auf eine nochmalige Schicksalswende mithilfe der Wissenschaft breit machten. Ab

diesem Zeitpunkt begann eine hektische Intensivierung der militärisch angewandten Forschung, die jedoch die jahrelange Vernachlässigung der Grundlagenforschung nicht mehr kompensieren konnte. Die Herrschaftspraxis des totalen Staates stellt sich somit als totales Chaos dar.

Wie aber war ein solches System in der Lage, mit dem Bau und der erfolgreichen militärischen Verwendung der ersten ballistischen Raketen (V-Waffen) technologische Herausforderungen ungeheuren Ausmaßes zu bewältigen? Unterhalb der Ebene des zentral veranstalteten Chaos muß es - ähnlich wie im Bereich der chemischen Industrie - Möglichkeiten gegeben haben, moderne Großforschung erfolgreich durchzuführen. Nimmt man das Jahr 1939 als Stichjahr eines Vergleichs mit den USA, so zeigt sich, daß das amerikanische Desinteresse am Bau der A-Bombe dem deutschen vergleichbar war; die Kernforschungen in den USA wurden mit der lächerlichen Summe von 1.500 Dollar unterstützt. Das gigantische Manhattan Project (das Musterbeispiel für moderne Großforschung) begann erst 1942, während in Deutschland im Auftrag des Heereswaffenamtes bereits seit 1932 an ballistischen Raketen gearbeitet wurde. Nach dem ersten erfolgreichen Start einer Rakete 1934 wurde im Jahre 1936 die Heeresversuchsanstalt Peenemünde gebaut, deren Baukosten insgesamt 550 Mio. RM betragen. Die Gesamtaufwendung für das Projekt von ca. 1,1 Mrd. RM können sich gegenüber dem Manhattan Project (ca. 1 Mrd. Dollar) durchaus sehen lassen. 1939 waren die technischen Entwicklungsarbeiten an der A 4-Rakete soweit abgeschlossen, daß der Befehl zur Entwicklung und Serienfertigung eines kriegstauglichen Geräts gegeben wurde. Die Arbeiten standen unter großem Zeitdruck aufgrund der politischen Planvorgaben, die von höchster Stelle kamen und einen alsbaldigen Linienstart der Rakete wünschten. Obwohl bis zu 15.000 Mitarbeiter (Stand 1943) an dem Projekt beschäftigt waren, wurde die Kooperation mit Hochschulen und Industrie systematisch forciert, um Grundlagenforschung und technische Herstellungsarbeiten zu beschleunigen. Nach dem erfolgreichen Westfeldzug sank das Interesse der Machthaber an den V-Waffen jedoch drastisch, so daß die Arbeiten durch ein ständiges Hickhack um Materialzuweisungen etc. behindert wurden. Erst 1941 - nach der verlorenen Luftschlacht um England - kam Hitlers Placet, und 1942 konnte nach dem erfolgreichen Start einer A 4 die Serienproduktion aufgenommen werden, womit technologiepolitisch absolutes Neuland betreten wurde. Auch die 1943 begonnene zentrale Koordination aller Entwicklungsarbeiten, um unsinnige Doppelarbeiten an verschiedenen Waffen (V 1, V 2, Rheinbote, Hochdruckpumpe) zu verhindern, zeigt Fortschritte des Wissenschafts-Managements. 1944 schließlich konnten die V 1- und die V 2-Raketen erstmals erfolgreich militärisch eingesetzt werden. Die Kriegswende, die man sich von den Wunderwaffen erhofft hatte, konnten sie jedoch nicht

herbeizaubern. Dazu waren sie im Vergleich zu heutigen Pershings zu ungenau in der Treffsicherheit, die für einen Angriff auf militärische Ziele unabdingbar ist. Sie eigneten sich lediglich als Terrorwaffen gegen großflächige Ziele (Städte).

Auch die Entwicklung der deutschen Fernwaffen zeigt also, daß wissenschaftlich-technologische Arbeiten durch die Interventionen einer Vielzahl von konkurrierenden Organisationen zwar behindert werden konnten, die Anbindung an einen Machtblock (in diesem Fall: die Wehrmacht) jedoch zumindest soviel Autonomie gewährte, daß eine Kontinuität der Arbeit über die kurzfristigen Schwenks der (Tages-)Politik hinweg gewährleistet war. Das Heereswaffenamt, in dessen Zuständigkeit die Versuchsanstalt Peenemünde fiel, hat sich ab 1939 ebenfalls um die Kernforschung gekümmert, war aber sicher kaum in der Lage, neben Peenemünde ein weiteres, noch umfangreicheres Großprojekt ohne Kooperation mit anderen Instanzen durchzuführen.

Polykratie in der Wissenschaftspolitik: Chaos mit System

Die beiden geschilderten Beispiele des Zugriffs faschistischer Instanzen auf Wissenschaft zeigen einige Gemeinsamkeiten, v.a.hinsichtlich der Tatsache, daß eine (wie auch immer) planvolle Entwicklung wissenschaftlicher Ressourcen besonders dort stattfand, wo praktische Interessen einzelner Machtblöcke sich durchsetzen konnten. Dort, wo die Wissenschaft nicht einem kurzfristigen Aktionismus ausgesetzt war, sondern sich systematisch entfalten konnte, erlangten die betreffenden Disziplinen ein hohes Maß an fachlicher Autonomie, das tendenziell zu einer Abkoppelt 'von der stark ideologisch geprägten Gesamtpolitik führen konnte. Gerade die von Hitler favorisierte Orientierung auf das individuelle Genie und den einzelnen Erfinder wurde in den gezeigten Beispielen konterkariert. Peenemünde ist ein Exempel moderner Großforschung, die Berliner AWF ein Schritt zur Verwissenschaftlichung der Politikwissenschaft. Wie gesagt: Durchsetzen konnte sich dieses Modell modernen Wissenschaftsmanagements und teilautonomer Forschung nicht im gesamtgesellschaftlichen Maßstab, sondern nur in einzelnen Herrschaftszentren. Durch diese Anbindung, durch diese Zwangskoalitionen, die die Wissenschaft mit politischen Blocken eingehen mußte, werden auch die charakteristischen Differenzen bzw. zeitlichen Verschiebungen zwischen den verschiedenen Disziplinen erklärlich. In der 'ideologischen Phase' (1933 ff.) waren vor allem solche Wissenschaften gefragt, die legitimatorisches Wissen bereitstellen konnten, wie z.B. die Rassenkunde bzw. rassenkundlichen Ansätze in einzelnen Fachdisziplinen. Diese waren

funktional für die Phase des Umbruchs, wurden später nicht mehr gebraucht. In der pragmatischen Phase (1936 ff.) setzt man stärker als zuvor auf handwerkliches Wissen, was einen Aufschwung angewandter Forschung, z.B. in der Chemie bedeutet. In der Eroberungsphase (1938 ff.) wurden technische Disziplinen uninteressanter; was nunmehr auf den Nägeln brannte, war die politisch administrative Bewältigung des gigantischen Programms zur Neuordnung der Welt. In diesem Kontext kann sich die Politikwissenschaft etablieren. Die Endkampfphase (1942 ff.) ist von zwei Tendenzen geprägt: Einerseits von einer hektischen Intensivierung nunmehr wiederum technischer Forschung zu militärischen Zwecken; die wissenschaftliche Durchleuchtung politischer Prozesse zwecks Verplanung fremder Länder konnte man in dieser Phase nicht mehr gebrauchen. Andererseits finden sich deutliche Anzeichen einer Umorientierung auf die Nachkriegszeit bzw. eine Wende zur Anerkennung wissenschaftlicher Autonomie von höchster Stelle. Göring etwa sprach sich für die „Freiheit der Forschung“ (zit. n. Hirsch 1976, S. 206) aus. Nur war es dazu wenige Monate vor Kriegsende zu spät; weitsichtige Nazis duldeten daher stillschweigend die Vorbereitungen für die Nachkriegszeit, die sich etwa in der 1944 erfolgten Gründung der Zeitschrift 'Physikalische Blätter' manifestiert.

Fazit meiner Ausführungen ist also: Der deutsche Faschismus hat den Übergang zur modernen Großforschung des 20.

Jahrhunderts nur in einigen Teilbereichen vollzogen. Eine NS-Revolution der Wissenschaft im Sinne einer Modernisierung traditioneller Strukturen fand nicht statt. Der traditionelle Forschungsbetrieb des 19. Jahrhunderts war jedoch dem amerikanischen restlos unterlegen, so daß der Triumphzug der amerikanischen Wissenschaften wie auch (z.T.) der politisch-militärische Erfolg der Alliierten ihre Grundlage im Erfolg des amerikanischen Modells des Wissenschafts-Managements haben. Wo sich die Wissenschaft durch die Koalition mit einem mächtigen Herrschaftsblock tendenziell autonomisieren konnte, entwickelten sich jedoch Strukturen, die den amerikanischen vergleichbar sind. (Man mag spekulieren, was aus dem Faschismus geworden wäre, wenn sich diese Strukturen ab 1936 in Deutschland umfassend durchgesetzt hätten ...) Die pauschale Behauptung einer Wissenschaftsfeindlichkeit des Faschismus geht somit an den Realitäten vorbei. Zumindest in Teilbereichen wurde modernste Wissenschaftspolitik betrieben, während das Gesamtbild eher das Chaos mittelalterlicher Kleinstaaterei zeigt. Der Faschismus konnte nicht mehr leisten, als seine soziale Basis erlaubte: Ein Bündnis sich gegenseitig mißtrauender und dennoch bei Strafe des Untergangs aufeinander angewiesener Machtgruppen wird immer Inkonsistenzen produzieren, denen ein demokratischer-antifaschistischer Konsens, wie er in den USA zumindest bis 1945) existierte, glücklicherweise überlegen ist.

Dr. Johannes Weyer, Institut für Soziologie, Universität Bielefeld.

Literatur

- ZfP- Zeitschrift für Politik
Geuter, Ulfried
Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt 19X4
Herbig, Jost
Kettenreaktion Das Drama der Atomphysiker München 1979
Hirsch, W.
Nationalsozialistische Ideologie, politische Macht und Steuerung der Wissenschaft: Eine Kritik des Merton'schen Demokratiepostulats, in: H. Strasser, K. D. Knorr (Hg.), Wissenschaftssteuerung. Soziale Prozesse der Wissenschaftsentwicklung Frankfurt/New York 1976.S. 197 ff
Hölsken, H. D
Die V-Waffen Entstehung - Propaganda - Kriegseinsatz. Stuttgart 1984
Hüttenberger, Peter
Nationalsozialistische Polykratie. in: Geschichte und Gesellschaft. 1976, S. 417 ff
Klingemann, Carsten
Zum gegenwärtigen Stand der Forschung über die Geschichte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945 (unveröff. Manuskript)
Ludwig, Karl-Heinz
Technik und Ingenieure im Dritten Reich Königstein/Dusseldorf 1979
Mehrtens, H., S Richter (Hg.)
Naturwissenschaft. Technik und NS-Ideologie Frankfurt 1980
Sieben, E.
Entstehung und Struktur der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (1940 bis 1945). in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe. 1966.S. 19 ff
Stamm, Thomas
Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945 - 1965 Köln 1981. S 31 ff
Weyer, Johannes
Politikwissenschaft im Faschismus (1933 - 1945): Die vergessenen 12 Jahre, (unveröff. Manuskript)